

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Verlagsgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Rosenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versims-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Wehr und Waffen.

(Ein Mahnwort an die Mitglieder des Maurerverbandes.)

Häufig hört man die Meinung, der Kampf um die Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nehme dank der Stärke der beiderseitigen Organisationen und der Einsicht und Bereitwilligkeit der Unternehmer, von Organisation zu Organisation zu verhandeln, mehr und mehr mildere Formen an; wo aber die Einsicht über die Möglichkeit der friedlichen Vereinbarung fehle, werde das gegenseitige Kräfteverhältnis dazu führen, daß die eine Partei nur das unbedingt Notwendige fordere, die andere aber das äußerst Mögliche gewähre, so daß Streiks und Aussperrungen bald überwundene Dinge sein würden. — Für einen solchen Zustand sind freilich einige Ansätze vorhanden, man müßte aber mit Blindheit geschlagen sein, wollte man sich verhehlen, daß die Arbeiterschaft auf viele Jahre hinaus noch gewaltige Kämpfe führen muß, um zunächst die Unternehmer zu der nötigen Einsicht zu erziehen. Wohl wird die Zahl der zu Verhandlungen und zum Abschluß von Tarifverträgen geneigten Unternehmer immer größer, aber immer kritischer wird der Inhalt der Verträge. Wer Augen hat, zu sehen und Ohren hat, zu hören, dem kann es nicht entgehen, daß wir uns in immer schnellerem Tempo dem Zeitpunkte nähern, wo die zwei Mächte härter denn je aufeinander prallen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, dann steht das Baugewerbe in diesem Kampfe im Vordertreffen.

Den baugewerblichen Arbeiterorganisationen steht neben den vielen Innungen ein „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ gegenüber, der seit Beginn seines Daseins seinen Willen bekundet hat, die Arbeiterschaft zum „Frieden“ zu zwingen; d. h. der „Arbeitgeberbund“ will die Arbeiter unter seine Arbeitsbedingungen beugen, und seit Jahren launet er auf den Moment, wo er zum Schlage gegen die ihm tief verhasste Arbeiterorganisation ansholen kann, um sie, wenn nicht zu zerhacken, auf lange Zeit widerstandsunfähig zu machen. Um eine möglichst breite Kampfbasis zu schaffen, hat der „Arbeitgeberbund“ seine Mitgliedschaften verpflichtet, sich bei Lohnfestsetzungen und Vertragsabschlüssen so einzurichten, daß sie zum Frühjahr 1908 in großen Bezirken und 1910 möglichst über das ganze Land freie Hand zur eventuellen Aussperrung haben. Wenn die Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter usw.) dann in irgend einer namhaften Stadt Forderungen stellen und ihnen durch Arbeitseinstellungen Nachdruck verleihen, soll sofort der Aussperrungsapparat in Bewegung gesetzt werden.

Diese immer mehr zur Gewissheit werdende Drohung kann eine Organisation wie der Zentralverband der Maurer Deutschlands natürlich nicht unbeachtet lassen; er muß vorbeugen und Mittel und Wege zu finden suchen, um die Interessensolidarität der Kollegen und die Finanzkraft des Verbandes so zu gestalten, daß sie allen Ansprüchen genügen. Das zu tun, war der Verbandsvorstand schon seit Jahren bemüht, und erfreulicherweise ist es ihm gelungen, die übergroße Masse der Mitglieder davon zu überzeugen, daß sie unter Umständen harte Opfer bringen müssen, um den Ansturm der Feinde zurückzuschlagen. Mit herzerfreuender Deutlichkeit und Einmütigkeit haben die Kollegen im vorigen Herbst ihrer Ueberzeugung in einer Resolution Ausdruck dahin gegeben, daß sie vor der Verbandsleitung und dem Verbandstag erwarten, daß diese Vorkehrungen treffen, die notwendig und geeignet erscheinen, den Verband stets kampfbereit zu halten: „Sollte hierzu die Erhöhung der Beiträge oder die Erhebung eines Extrabeitrages nötig erscheinen, so darf sich der Verbandstag der Pflicht, solche Beschlüsse zu fassen, nicht entziehen“.

Dieser Stimmung Rechnung tragend, hatten neben zahlreichen Zweigvereinen auch der Verbandsvorstand und Ausschuss dem diesjährigen Verbandstage einen Antrag unterbreitet, wonach schon in diesem Jahre auf 22 Wochen (vom Mai bis September) Extrabeiträge erhoben werden sollten. Obwohl in der Sache völlig einig, hatten aber doch die Vertreter einiger größerer Zweigvereine Bedenken in bezug auf den Zeitpunkt; sie meinten, zur Zeit sei die Frage nicht brennend, da die bedrohlichen Wolken noch in weiter Ferne ständen. Allerdings: eine augenblickliche Gefahr bestand nicht und sie besteht auch heute nicht. Unsere Organisation darf aber nicht nur von heute auf morgen gerüstet sein, sondern sie muß früh beginnen, sich auf außerordentliche Verhältnisse einzurichten. Zu Erwägung aber, daß die Lage noch wenig übersichtlich war und daß man nicht ohne Not Besorgnis in die Kollegenschaft hineintragen soll, nahm der Verbandsvorstand von der weiteren Verfolgung seines Vorschlages Abstand und beschränkte sein Ver-

langen auf die Festlegung eines Extrabeitrages für außergewöhnliche Verhältnisse. Dieser Forderung trat der Verbandstag mit folgendem Beschlusse einstimmig bei: „Der Verbandsvorstand ist in Verbindung mit dem Verbandsausschuss und den Gausvorsitzenden berechtigt, unter außergewöhnlichen Verhältnissen Extrabeiträge anzufordern, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind“.

Die außergewöhnlichen Verhältnisse sind nun eingetreten, oder besser gesagt, sie sind schärfer erkennbar geworden, so daß die dazu berufenen Verbandsvertreter es nunmehr für ihre unabweisbare Pflicht halten müßten, die Erhebung des Extrabeitrages zu beschließen und anzuordnen. Das ist geschehen. Wie aus der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in der vorigen Nummer unseres Blattes ersichtlich ist, haben die statutarisch beauftragten Vertreter der Organisation nach eingehender Beratung in gemeinsamer Konferenz beschlossen, vom Ende dieses Monats auf zehn Wochen den § 19 des Statuts voll zur Anwendung zu bringen, damit der Kampffonds des Verbandes noch in diesem Jahre um etwa eine Million Mark vergrößert werde. Um Demurrirungen und Hoffnungen und allen Kombinationen von Freunden und Feinden von vornherein die Spitze zu brechen, betonen wir mit Nachdruck, daß die Erhebung des Extrabeitrages auch heute keine Gegenwarts-Notwendigkeit ist, sondern daß lediglich die Zukunfts-Fürsorge, diese allerdings dringlich, den Beschluß und seine strikte Durchführung erheischt.

Die Berliner Bewegung, die ja zur Zeit im Vordergrund des Interesses steht, wie auch alle übrigen gegenwärtigen Lohnkämpfe kommen für den Extrabeitrag gar nicht in Betracht; dafür sind die Mittel in überreichem Maße vorhanden. Abgesehen von den nicht ganz unbedeutenden laufenden Einnahmen des Verbandes, hat die Hauptkassa allein noch einen Reservefonds von annähernd zwei Millionen Mark, eine Summe, die ausreicht, die Kämpfe noch über ein halbes Jahr führen zu können, auch dann, wenn wir noch in einigen anderen großen Orten die Waffen mit den Unternehmern kreuzen müßten. Der Berliner Kampf hat für den Verband aber zur Folge, daß der Klassenabschluß am Ende des Jahres keinen nennenswerten Ueberzuss aufweist. Und ein Stillstand in der Ansammlung eines Reservefonds für kommende Sturmjahre wäre allerdings ein Uebel, dem wir unter allen Umständen steuern müssen, so weit wir dazu in der Lage sind.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß unserem Verband in der Zukunft große Aufgaben bevorstehen, an deren Bewältigung wir nur denken können, wenn unsere Organisation in allen Stücken stark und mächtig dasteht. Der „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ hat u. a. auch beschlossen, jedes Verlangen der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen und dieser Forderung den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Verkürzung der Arbeitszeit um keinen Preis, keine nennenswerte Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das ist die Parole, die die letzte Generalversammlung des „Arbeitgeberbundes“ ausgegeben hat. Das ist ein starkes Stück! Nicht etwa, daß sich die Unternehmer nur gegen den Achtstundentag wehren — was zwar nicht verständig, aber bei dem Bildungsgrad der Mehrzahl unserer „Arbeitgeber“ verständlich ist — nein, nach dem Beschluß soll jede Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt werden. Und die Unternehmer machen sich vielfach auch nicht einmal mehr die Mühe, die Ablehnung der berechtigten Forderungen der Arbeiter mit irgend welchen sachlichen Gründen zu motivieren, sondern sie berufen sich einfach auf den Beschluß ihrer Generalversammlung. Eine solche Behandlung der für die Arbeiter so ungemün wichtigsten Frage der Arbeitszeitverkürzung dürfen wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen. Die Arbeiterschaft ist von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung überzeugt und sie muß die Lösung dieser Frage durchführen. Gält aber der „Arbeitgeberbund“ seine Beschlüsse aufrecht — was er höchst wahrscheinlich tun wird — dann werden wegen der Verkürzung der Arbeitszeit in den nächsten Jahren gewaltige Kämpfe entbrennen.

Es ist ein Kulturkampf im wahren Sinne des Wortes, den die Arbeiterschaft um die Verkürzung der Arbeitszeit wie um die Erhöhung der Lebenshaltung überhaupt führt, wobei die Maurer unter allen Umständen ihre volle Schuldigkeit tun müssen und wollen. Und für solchen Kampf rechtzeitig die Mittel bereit zu stellen, ist eine Ehrenpflicht, der sich kein Mitglied unseres Verbandes entziehen kann. Je eher wir für alle Fälle kampfbereit sind, desto besser. Darum können kein Kollege, seine Pflicht in vollem Umfange zu erfüllen.

Internationale Konferenz der Maurerorganisationen.

Unsere Umfrage bei den Organisationen, die an der ersten Internationalen Konferenz (Berlin 1903) beteiligt waren, hat ergeben, dass alle Organisationen mit der Abhaltung einer Internationalen Konferenz im Anschluss an den Internationalen sozialistischen Kongress, der vom 18. bis 24. August d. J. zu Stuttgart tagt, einverstanden sind.

Die befragten Verbände haben uns einstimmig mit den Vorarbeiten für die Konferenz betraut. Gemäss diesem Auftrage berufen wir nunmehr die

Zweite Internationale Maurerkonferenz

zu Freitag, den 16., und Sonnabend, den 17. August, nach Stuttgart ein.

Die Konferenz tagt im Gewerkschaftshaus, Esslingerstrasse 19, und beginnt Vormittags 9 Uhr.

Für die Tagesordnung, die endgültig auf der Konferenz festgesetzt wird, liegen folgende Vorschläge vor:

1. Einführung eines internationalen Mitgliedsbuches.
2. Anerkennung nur einer Organisation für jedes Land.
3. Beitragsleistungen der Mitglieder im Auslande.
4. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks.
5. Gegenseitige Unterstützung in der Agitation.
6. Errichtung eines internationalen Sekretariats.
7. Bauarbeiterschutzesetzgebung.
8. Arbeitsnachweis.

Wir ersuchen die in Frage kommenden Landesorganisationen, ihre Delegierten zu bestimmen und uns die Namen derselben mitzuteilen.

Für die Delegierten wird unsererseits Logis besorgt; wir tragen auch für die Anwesenheit der erforderlichen Uebersetzer Sorge, wie wir auch alle anderen Vorarbeiten erledigen.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Im Auftrage: Th. Bömelburg.

(Wiederholt, weil in der ersten Bekanntmachung ein Irrtum in den Daten unterlaufen war.)

Graf Posadowsky.

Wir haben unseren Lesern mitgeteilt, dass der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky seinen „Abschied genommen“ hat. Dieses Wort „Abschied genommen“ muss richtig verstanden werden. Indem der Graf das Gesuch, ihn zu entlassen, einreichte, folgte er mehr einem äußeren Zwange als dem eigenen Bedürfnis, von der Bürde des Amtes befreit zu werden. Ihn hat das Geschick erwischt, das in Preußen-Deutschland seinem Staatsmann erspart bleibt, der die Gunst der maßgebenden reaktionären Elemente nicht zu erringen vermag, oder dieser Gunst verlustig wird. Er ist gestürzt worden, den verheerenden und offenen Angriffen, dem Grimm seiner Gegner zum Opfer gefallen. Das es so kommen werde, war voraussehbar. Als der Mann vor zehn Jahren, am 1. Juli 1897, an die Spitze des Staatssekretariats des Innern berufen wurde, setzten die reaktionären Parteien auf ihn große Hoffnungen. Sie erwarteten, er werde ihr Mann sein und nicht nur die Wirklichkeitspolitik, sondern insbesondere auch die Sozialpolitik des Reiches, sein hauptsächlichstes Messer, in ihrem Sinne beschreiben. Anfanglich war seine Tätigkeit in manchen Stücken durchaus danach beschaffen, die Uebergangung zu erwecken, dass er befreit sei, dieser Erwartung zu genügen. Als er sein Amt antrat, war die von den Scharfmachern entfachte Bewegung zur „Beseitigung des Streikterrorismus“ durch ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ bereits im vollsten Gange. Der Kaiser hätte seine Vielfelder Rede gehalten, in der er die schwerste Strafe dem androhte, „der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern“. Graf Posadowsky war dazu ausersehen, diesem kaltschneligen Gedanken gesetzliche Form und Norm zu geben. Im Dezember 1897 erließ er das wichtige Wochen später vom „Vorwärts“ be-

öffentliche geheime Rundschreiben an die Ministerien der einzelnen Bundesstaaten, worin diese aufgefordert wurden: „Material einzufinden zur Begründung einer dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritte zu machenden Vorlage, die dem Zwecke dienen sollte, „bei Ausstehenden arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausstehenden und Agitatoren besser zu schützen“. Nachdem dann der Kaiser am 6. September 1898 in Deynhausen abermals eine Rede zu diesem Thema gehalten und darin u. a. gesagt hatte: „Wer einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu verrichten, daran zu hindern versuche oder gar zu einem Streik anreize; solle mit Zuchthaus bestraft werden“, erließ am 26. Mai 1899 der Kaiser die entsprechende „Entwurf des Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“. Diese Vorlage hatte die offenkundige Tendenz, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Um im Volke Propaganda zu Gunsten der Vorlage betreiben zu können, schenkte sich Graf Posadowsky nicht, vom Scharfmacherverband (Zentralverband Deutscher Industrieller) 12000 Mark zu erbitten und anzunehmen. Ob er das aus eigener freier Initiative getan hat oder gewissen anderen Einflüssen gefolgt ist, entzieht sich bis jetzt öffentlicher Kenntnis. Die allgemeine Vermutung geht dahin, dass letzteres der Fall. Graf Posadowsky vermochte die Vorlage nicht durchzubringen; sie erfuhr das verdiente Schicksal der Verscharrung.

Aus den damaligen Reichstagsverhandlungen, die das Scharfmacherium vor aller Welt in seiner ganzen Zügellosigkeit entfaltete, hat Graf Posadowsky ohne Zweifel viel gelernt, vor allem das eine, dass die organisierte Arbeiterklasse keine „terroristische Bande“ ist und dass sie dem Unternehmertum und den reaktionären Gewalten und Parteien gegenüber berechnete Interessen besitzt. Um einen Mann in seiner Stellung objektiv gerecht zu beurteilen, muss man die Verhältnisse, vor allem die gegeneinandergehenden Interessenströmungen berücksichtigen, unter deren Einfluss er seine Wirksamkeit entfalten muss. Ein Reichsminister für Sozialpolitik, der allen berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse und den reaktionären Gewalten Rechnung tragen wollte, wäre in Deutschland, wie in jedem anderen Staatswesen, eine Unmöglichkeit. Wir sagten in der kurzen Kritik der Tätigkeit Posadowskys, die wir an die Mitteilung seiner Entlassung knüpfen, dass seiner Sozialpolitik die Großzügigkeit gefehlt, dass sie in Fiktion sich erschöpft habe und nicht darauf gerichtet gewesen sei, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken. Wir haben mit diesem Urteil keinen Vorwurf gegen seine Person, insondere aber eine Anklage gegen das System verbunden, dem zu dienen er durch sein Amt und durch seine Abhängigkeit von dem Willen höherer Mächte verurteilt war. Im sozialpolitischen Programm der reaktionären Gewalten und Parteien haben die Interessen der Arbeiterklasse, die auf diese Interessen gerichteten Akte der Gesetzgebung immer nur unter dem Gesichtspunkte ordnungspolitischer Spekulation, aus politischer Zweckmäßigkeitsbetrachtung heraus eine verhältnismäßig sehr eng begrenzte formelle Anwendung gefunden. War diese Politik doch von Anfang an hauptsächlich darauf berechnet, die Arbeiter der „Umsturzpartei“, der Sozialdemokratie abwendig zu machen, ihnen eine „Lösung der sozialen Frage“, vorzutauschen! Zugabegen ist jedoch, dass Graf Posadowsky in den letzten Jahren seiner Amtsführung gelernt hat, die soziale Frage, die Arbeiterfrage, die Frage gesetzmäßiger Wahrung der Arbeiterinteressen, wenn auch nicht durchaus richtig, so doch viel richtiger zu erfassen und zu würdigen, als den reaktionären Gewalten und Parteien, in deren Banntreife er stand, lieb sein konnte. Den sogenannten Mittelstandspolitikern, deren extremem Zünftlerum und dessen Protektoren aus dem Konserbativen und ultramontanen Lager hat er nicht den Gefallen, ihnen Konzessionen zu machen. Desser trat er den Utopien und demagogischen Absurditäten dieser Herren im Reichstage scharf entgegen. Er stellte sich dabei insofern völlig auf den Standpunkt der Sozialdemokratie, dass er unumwunden erkläre: erkläre, dass es eine kulturwidrige Torheit sei, die Entwicklung der Großindustrie hindern oder gar unmöglich zu machen zu wollen, um zu den längst überwundenen Formen zünftlerischer Wirtschaftssysteme zurückzukehren. Damit zog er sich natürlich den Zorn der Mittelstandsklasse zu. Entsprechend dieser Erkenntnis ließ er auch der Arbeiterpolitik, und zwar prinzipiell, eine bessere und gerechtere Beurteilung zu teil werden, als sie von seinen der Konserbativen, der Junker, der Agrarier sowie der Masse der „Liberalen“, insbesondere des „liberalen“ Schlotterums und Scharfmacheriums, erhielt. Freund der sozialpolitischen Reaktionen war er nicht; er hat sie öfter in starke Aufregung versetzt durch das Bekenntnis, dass die sozialpolitische Gesetzgebung eine zukunfts- und humanitäre Notwendigkeit und daher ohne sie eine gesunde Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht möglich ist. Der Umstand, dass er im Reichstage einige Male die Berücksichtigung von Forderungen der Arbeiter gegenüber dem Kapitalisti-

chen Interesse anerkannte und anerkennende Worte für die Wirksamkeit der Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fand, sowie dass er kein Hehl daraus machte, nicht mehr von Geiste der Zuchthausvorlage besessen zu sein, war ausreichend für die Reaktionen aller Richtungen, ihn als „Grußen“, als „Schritt-macher“, als „Bundesgenossen“ der Sozialdemokratie zu verurteilen. In solchen Vorwürfen lagen sich besonders die Agrarier hervor. Graf Posadowsky war kein Mann nach ihrem Herzen, obwohl er die Aufgabe hatte und erfüllte, hauptsächlich in ihrem Interesse die neue Zollpolitik im Reichstage zu vertreten. Er widerstand sich energisch der extremen Schutzollmanie und maß der Agrarpolitik den Zweck bei, die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, den Arbeitern bessere Löhne zu zahlen und auf diese Weise die Landflucht der Arbeiter zu verhindern oder wenigstens einzudämmen. Damit traf er die Agrarier an einer ihrer empfindlichsten Stellen; sie haben es ihm nicht vergessen, dass er es „wagte“, in den zollpolitischen Debatten auch Arbeiterinteressen zu berücksichtigen.

Erwähnung verdient auch, dass Graf Posadowsky sich im Reichstage als Gegner des preussischen Polizeigeistes bekannte, der nach kleinlichen Gesichtspunkten verfährt und in unsere Zeit nicht mehr hineinpaßt.

In alledem haben wir die Gründe des Sturzes Posadowskys. Es ist durch unwidersprochen gebliebene Mitteilungen bürgerlicher Blätter bekannt geworden, dass die Sache gegen ihn, die Verurteilung, ihn zu fügen, bereits im Jahre 1900 einleitete; dass die Opposition gegen ihn aus der Mitte des preussischen Ministerkollegs wirksamste Förderung fand; dass er auch im Bundesrat beständig mit feindseliger Gesinnung zu rechnen hatte und dass man ihn „an maßgebender Stelle“ verdächtigte, ein „Gegner des Zentrums“ zu sein, weil er mit der Reichstagsauflösung im Dezember 1906 nicht einverstanden war.

Noch in der letzten Reichstagsession sprach Posadowsky von den im geheimen gegen ihn wirkenden Kräften; er meinte, sie hätten Oberwasser noch nicht gewonnen. Jetzt haben diese Kräfte über ihn gesiegt. Er ist gestürzt; er ist denselben Einflüssen erlegen, die seit Jahren an „maßgebender Stelle“ wirksam sind, eine gesunde Entwicklung der Sozialpolitik zu verhindern, diese Politik ganz und gar unter die Herrschaft des reaktionären Geistes zu bringen.

Der Sturz Posadowskys ist symptomatisch; er bedeutet den Anfang eines Prozesses. Zwar soll der Reichskanzler auf eine Zuschrift des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands aus Anlass des Rücktritts des Grafen Posadowsky geantwortet haben, in der Sozialpolitik solle nicht gerastet, sondern auf den alten bewährten Bahnen weiter gearbeitet werden. Darauf ist gar nichts zu geben, zumal die Bahnen der Sozialpolitik selber schon durchaus keine bewährten gewesen sind. Oder glaubt man, dieselben maßgebenden Elemente, die den Grafen Posadowsky deshalb gestürzt haben, weil er ihnen auf sozialpolitischen Gebiete zu weit ging, würden zulassen, dass sein Nachfolger, der frühere preussische Polizeiminister, Herr von Bethmann-Hollweg, in seine Fußstapfen trete? Das Gegenteil verlangen und erwarten sie. Wie sich dieser Nachfolger als Reichsminister für Sozialpolitik „bewähren“ wird, muss sich ja bald zeigen. Die „neuen Männer“, die unter solchen Umständen ans Ruder kommen, schlagen den Kurs ein, der ihnen vorgeschrieben ist. Und noch dazu ist der Nachfolger ein vollkommenes Neuling auf dem schwierigen und komplizierten Gebiet der Sozialpolitik, in das sich Graf Posadowsky, was jeder ehrliche Gegner von ihm zugeben muss, mit eisernem Fleiß gründlich eingearbeitet hat. Das sozialpolitische Wirken des „Mannes im Bart“ kann uns nicht befriedigen, aber wir erklären uns dieses Wirken objektiv aus den Verhältnissen und Umständen und stehen nicht an, zu sagen, dass sich Graf Posadowsky als Sozialpolitiker in Amt und Würden sehr zu seinen Gunsten von maßgebenden Staatsmännern in Preußen-Deutschland unterstüzt.

Politische Umschau.

„Das Recht der Arbeitswilligen“. Für die Streikbrecher, die sogenannten „Arbeitswilligen“, bildet sich in Deutschland nachgerade ein Separatrecht heraus. Das Unternehmertum verlangt, dass ihnen gegenüber Polizei und Justiz die weitgehendsten Rücksichten nehmten im Gegensatz zu den Interessen streikender Arbeiter. Und diese Rücksichten werden ihnen auch tatsächlich zu teil. Die Polizei beschützt „Arbeitswillige“ nach Möglichkeit davor, mit streikenden Arbeitern in Berührung zu kommen, und die Justiz verhängt harte Strafen über diejenigen, gegen welche die Aufschuldigung gerichtet wird, dass sie die Arbeitswilligen bedroht oder tätlich angegriffen haben. Viele Hunderte derartiger Fälle, die mehr oder weniger mit unbetrübtem Rechtsbewusstsein kollidieren, liegen sich anführen. Wenn aber Arbeitswillige sich größerer Bedrohung und tätlicher Auspeinigung gegen Streikende schuldig machen, dann findet in der Regel Polizei und Justiz keine Schuld an ihnen oder ihr Vorgehen findet eine sehr milde Sühne. Schon öfter sind arbeitswillige Loschläger freigesprochen worden mit der Motivierung, dass sie in „Notwehr“ gegen Streikende sich befunden haben. Der

vielmehr nach der Theorie der „Staatsverhältnissen“ selbst über den Parteien stehen, was die badiische Eisenbahnverwaltung sich da geleistet hat, ist eine „ordnungspolitische“ Notigung bedenklicher Art. Selbst die Leitung der nationalliberalen Partei Badens ist mit dieser Praxis nicht einverstanden; sie hat in der „Badischen Landeszeitung“ eine Erklärung veröffentlicht, in der sie das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung als „höchst bedauerlich“ bezeichnet.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Ochsenwälder, Kirchwälder (Streiks), Altengamme (Sperrn über Knoop), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg und Rickling, Flensburg (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinfeld (Sperrn über E. Haeger), Nortorf (Sperrn über Heeschen in Bargstedt und Rohwe in Bokel);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrn über Holdorf), Rostock (Differenzen), Boizenburg (Sperrn über den Bau des Mühlenbesizers Hinselmann);

Brandenburg:

Berlin (Streik). Das Berliner Lohngelände umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngeländes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glienick, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nornenwiese, Haselhorst, Dalldorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennesdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennickendorf-Herzfelde, Hirschlagert (Streiks), Mittenwalde (Sperrn über Rehfeld, Kreis Krankenhaus und Saalbau in Gallun), Oranienburg (Sperrn über die chemische Fabrik);

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Gammin, Garz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrn über Paape), Wolgast (Differenzen), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrn über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen:

Marienburg, Marienwerder (Differenzen), Konitz (Sperrn über Hermann), Sensburg (Sperrn über Rehs), Memel (Sperrn über Richtmeier und Schmidt);

Posen:

Schwarsenz, Kolmar (Streiks), Schneidemühl (Differenzen);

Schlesien:

Ohlau, Muskan i. d. Ober-Lausitz (Streiks), Jauer, Landesimt (Differenzen), Pösterwitz (Aussperrung), Oppeln (Sperrn über Kuntze), Antonienhütte (Sperrn über Przyklick);

Königr. Sachsen:

Chemnitz, Kirchberg, Ober- und Niedernoukirch, Steinigtwolsdorf, Wehrsdorf, Ringenhain (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Mückern, Sohrstrasse, Gottlieb Tschierley in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Alfred Kirschner, L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse), Schneeberg (Sperrn über G. Heckel in Schneeberg und Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema), Meissen (Sperrn über Teicherts Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperrn), Aue (Sperrn über Ritsch in Lössnitz);

Thüringen:

Zechau (Sperrn über die Zuckerraffinerie in Rositz);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Hornhausen, Halle a. d. S., Erfurt, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Wettin (Sperrn über Zeche Johanneshall, Unternehmer Röber), Oschersleben (Aussperrung), Nehra (Sperrn über Knabe in Rossleben), Kenschberg (Sperrn über Alb. Jakob), Osterwieck (Sperrn über Witte und Wilhelms), Merseburg (Sperrn über Schrepper), Quedlinburg, Hettstedt, Zeitz (Differenzen);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Springe, Melle, Wildeshausen (Streiks), Delmenhorst (Bauarbeiterstreik), Celle (Aussperrung), Stade (Sperrn über Bülling), Fallingb. Postel (Sperrn über Postelmann), Soltan (Differenzen), Schötmar (Sperrn über Steinmann und Bröker);

Westfalen:

Herford (Streik), Hagen (mehrere Sperrn), Schwelm (Sperrn über Müller);

Rheinland:

Aachen (Streik), Heiligenwald b. Trier (Sperrn über P. Broschort), Kettwig (Sperrn über Endlein), Rührort (Sperrn über Gebr. Meier);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Gernsheim (Streiks), Geisenheim (Sperrn über Schuler und Fecher), Heidesheim (Sperrn über Rump, Jakob und Franz Swidersky), Flonheim (Sperrn über Kessler, Braun und Holzderber), Oppenheim (Sperrn über A. Gsinn und Florian Krayer), Lorsch (Sperrn über beide Geschäfte Brunnengräber);

Baden-Pfalz:

Neustadt a. d. Haardt, Wiesloch, Eberbach, Bieberach, Gengenbach, Zell (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperrn), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrn über Betongeschäft Wayss & Freitag);

Elsass-Lothringen:

Mülhausen, St. Ludwig (Streiks), Strassburg (Sperrn über Ph. Frey);

Bayern:

Selb (Sperrn über Jäger & Werner);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Olten;

Oesterreich:

Braunau in Böhmen, Göding, Leitomischl, Linz, Mährisch Budwitz, Zwickau (Streiks);

Ungarn:

Pressburg (Aussperrung).

Arbeitslosigkeit ist in Csongrad.

Lohnbewegung im Jahre 1907.

Bis zum 30. Juni waren 488 Lohnbewegungen erfolgt. Die hierfür in Frage kommenden Lohngelände umfassen 5687 Betriebe mit 4058 Unternehmern und 53 314 Gesellen.

Die Bewegungen verteilen sich auf die einzelnen Gauen:

Gau Berlin	44	mit 4405 beteiligten Gesellen
Bremen	16	983
Breslau	5	568
Cassel	3	95
Cöln	15	364
Danzig	16	1928
Dortmund	4	251
Dresden	15	1438
Erfurt	26	2369
Franfurt a. M.	30	1572
Görlitz	17	2343
Hamburg	28	2222
Hannover	64	6568
Leipzig	39	5308
Lübeck	36	1891
Magdeburg	32	4379
Mannheim	31	2795
München	14	916
Nürnberg	14	3110
Oberpfalz	2	4765
Stettin	31	2378
Stuttgart	6	2671

Die den Unternehmern unterbreiteten Forderungen betrafen in ihren Hauptpunkten:

- a) in 251 Fällen Erhöhung des Lohnes, und
- b) in 237 Fällen Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit.

An Verkürzung der Arbeitszeit wurde speziell gefordert:

in 25 Fällen	9 Stunden
67	9½
139	10
4	10½
2	11

Die Forderungen fanden ihre Erledigung in 368 Fällen ohne Streit, und zwar in 301 Fällen durch gegenseitige Vereinbarung infolge Unterhandlungen; in 59 Fällen wurden die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt ohne Unterhandlungen und in 8 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen. In 120 Fällen kam es zur ArbeitsEinstellung.

Von den ArbeitsEinstellungen waren 90 Angriffstreiks, 10 Aussperrungen, 13 Angriffstreiks und Aussperrungen und 7 Aussperrungen und Angriffstreiks. In 10 Fällen kam es zum partiellen Streit, weil einzelne Unternehmer die getroffenen Vereinbarungen nicht anerkannten.

Die Bewegungen waren alle bis auf 18 mit 1458 Gesellen von Erfolg. Es wurde erreicht:

a) an Verkürzung der Arbeitszeit in 133 Lohngeländen für 13 983 Kollegen 51 264 Stunden pro Woche.

Daran sind beteiligt:

253 Kollegen mit ½ Stunde pro Woche	
201	1
388	1½
100	2
157	2½
8728	3
264	4
983	5
2859	6
55	12

b) eine Lohnerhöhung in 470 Lohngeländen für 51 856 Kollegen, und zwar:

in 6 Lohngeländen mit 660 Kollegen 1 ⅓ pro Stb.	
69	5820
15	1230
90	8055

in 59 Lohngeländen mit 6004 Kollegen 4 ⅓ pro Stb.	
131	15260
29	3309
25	2031
8	239
19	3061
8	4841
11	694
1 Lohngelände	462
1	50
1	115
1	20
1	15

Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes beträgt 5 ⅓ pro Stunde. Erfolge in anderen Punkten wurden in 212 Fällen erzielt, und in 338 Fällen kam es zum Abschluss eines Tarifvertrages.

Berlin.

Die unangenehm ruhige Agitation des Verbandes der Baugeschäfte zwecks Umwertung von Streikbrechern hat auch in der verflochtenen Bauteilkontrolle hat gezeigt, daß es eitel Dummheit ist, wenn die Unternehmer in der sünderlichen Presse verkünden lassen, daß die Situation für sie günstig sei. Wenn sie bekannt machen lassen, daß nur 43 Mitglieder vom Verband der Baugeschäfte abgefallen sind, so rechnen sie mit alten Zahlen. 54 Firmen vom Verband haben unterworfen, darunter einige der größten. Gerade in der Zeit vom 28. Juni bis 10. Juli, als der Verband davon träumte, die Hauptkräfte gegen die Organisation der Arbeiter zu führen, haben 62 Firmen, Mitglieder des Verbandes, ihren Frieden mit den Arbeitern gemacht. Das zeigt, welches Misstrauen sie der Taktik ihrer Verbandseitung entgegenbrachten. Von den bisher abgeschlossenen Tarifverträgen sind 829 mit Maurern und Bauarbeitern und 663 mit Zimmerern abgeschlossen, das ergibt zusammen 1494. Von den genannten 84 Firmen vom Verband beschäftigten 14 nur Zimmerer.

Die Zahl der Arbeitswilligen hat wie folgt zugenommen:

	Es arbeiteten am 26. Juni	am 10. Juli	Zunahme
Mittelsmaurer	1227	1661	404
Witze	1120	1358	238
	2347	2989	+ 642

Dem Unternehmerverband fehlen noch 10 000 bis 11 000 Maurer! 438 Bauten liegen still und 814 sind nur teilweise (mit 1858 Maurern) besetzt. 90 Bauten befinden sich unter Zwangsstillsetzung! War bis zum 1. Juli noch ein einziges Band durch die gleiche Vollage für die Unternehmer vorhanden, so ist durch die aufgehobene Auslieferung große Uneinigkeit, Meid und Misgünstig hervorgerufen worden und die allgemeine Enttäuschung wird größer, je weniger es gelingt die Ansprüche der einzelnen Mitglieder nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Hoffnung auf die Mittelsmaurer ist vergeblich, diese können die Situation nicht wesentlich ändern. Man muß immer wieder daran erinnern, daß vor Beginn des Kampfes etwa 17 000 Maurer und 6700 Zimmerer in Berlin tätig waren. Von den Zimmerern arbeiten zur Zeit zu den neuen Bedingungen 3583, das sind 53,5 pSt. der vorher hier Beschäftigten.

Von den Maurern arbeiten 5401, davon haben die achteinhalbstündige Arbeitszeit 4789 organisiert, während 662 auf Bauten, wo im Afford gearbeitet wird oder wo der volle Tarif nicht anerkannt ist, beschäftigt sind.

Die Feststellungen der Organisationen am 7. Juli haben folgendes Resultat ergeben:

Zu den neuen Bedingungen arbeiten:

Maurer vom Zentralverband	3960
von der Freien Vereinigung	984
Christlichen Organisation	278
Zimmerer vom Zentralverband	2170
von der Freien Vereinigung	1413
Bauarbeiter vom Zentralverband	5487
von der Freien Vereinigung	192
Christlichen Organisation	115
Insgesamt	14599

Die Zahl der Streikenden war:

Maurer vom Zentralverband	3181
von der Freien Vereinigung	938
Christlichen Organisation	78
Zimmerer vom Zentralverband	807
von der Freien Vereinigung	508
Bauarbeiter vom Zentralverband	3241
von der Freien Vereinigung	358
Christlichen Organisation	65
Insgesamt	9176

Der in unserem Verband am 13. Juli erstattete Tagesrapport ergab:

Wagereist	In Arbeit	Streikbrecher	Unterweilig untergebracht	Im Streit befinden sich nach	Verheiratet	Bezig
2164	4403	203	382	2698	2410	288

Von den im Verband organisierten 2800 Bauern befinden sich noch 249 im Streit und von den 2750 Kollegen der Tisch- und Zementbranche waren am Ende der Woche 510 in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum Wochenanfang haben weitere 16 Firmen den Vertrag anerkannt, worunter sich zwei Mitglieder des Arbeitgeberverbandes befinden. Zur Information über den Stand der Bauten lassen wir die Ergebnisse der drei hauptsächlichsten Kontrollen hier folgen.

Baukontrollen.

Table with columns: Datum der Kontrolle, Inzugesamt (Bauten, Maurer), Der Tarif ist anerkannt (auf Bauten, mit Maurern), Der Tarif ist nicht anerkannt (auf Bauten, mit Maurern), Die Arbeit wird im Auftr. ausgeführt (auf Bauten, mit Maurern), Von den unteren Spalten 6 bis 9 Genannten wird 1/2 Stunden gearbeitet (auf Bauten, mit Maurern), Post der stützenden Bauten, Post der abgefertigten Fertigerträge, Post der Mitarbeiter, welche bei der Ausführung der Bauarbeiten anwesend sind.

Die folgende Zusammenstellung läßt erkennen, wieviel Bauten in Betracht kommen und wie weit sie fertiggestellt sind:

Table with columns: Datum, Inzugesamt (Bauten, Maurer), Stabium der Bauten (Bauart, 1. Etage, 2. Etage, 3. Etage, 4. Etage, Gerüst, Bauplanfertigung, im Bau, Ausbau, Umbau, abgemessen).

Bauten, auf denen der Tarif anerkannt ist.

Table with columns: Datum, Inzugesamt (Bauten, Maurer), Stabium der Bauten (Bauart, 1. Etage, 2. Etage, 3. Etage, 4. Etage, Gerüst, Bauplanfertigung, im Bau, Ausbau, Umbau, abgemessen).

Bauten, auf denen der Tarif nicht anerkannt ist.

Table with columns: Datum, Inzugesamt (Bauten, Maurer), Stabium der Bauten (Bauart, 1. Etage, 2. Etage, 3. Etage, 4. Etage, Gerüst, Bauplanfertigung, im Bau, Ausbau, Umbau, abgemessen).

Afforbbauten.

Table with columns: Datum, Inzugesamt (Bauten, Maurer), Stabium der Bauten (Bauart, 1. Etage, 2. Etage, 3. Etage, 4. Etage, Gerüst, Bauplanfertigung, im Bau, Ausbau, Umbau, abgemessen).

Stillliegende Bauten.

Table with columns: Datum, Inzugesamt (Bauten, Maurer), Stabium der Bauten (Bauart, 1. Etage, 2. Etage, 3. Etage, 4. Etage, Gerüst, Bauplanfertigung, im Bau, Ausbau, Umbau, abgemessen).

Gau Bremen. Die Bewegung in Bremen haben ist durch die Zurückziehung der Forderung einseitigen erledigt worden. (Siehe unter Versammlungsberechtigten.) In D e l m e n h o r s t fand am 10. Juli eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, an der auch die Bau- und Maurervereine sowie vom Arbeitgeber-Verband auch die Herren W. Leymann und H. Strudmann aus Bremen teilnahmen. Eine Einigung scheidete an der Weigerung der Unternehmer, auf die Arbeitszeitverkürzung einzugehen, eventuell sie im Vertrage für das nächste Jahr festzusetzen. Der Kampf wird also in verstärkter Form weitergeführt werden. Er steht für die Arbeiter sehr günstig, da die Arbeit drängt und die Streikenden fast alle in Bremen untergebracht sind. Die Unternehmer werden also doch noch Konzessionen machen müssen.

Gau Göttingen. Der Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in N o n s d o r f ist nach einjähriger Dauer beendet. Die Kollegen legten am 8. Juli die Arbeit nieder, bereits um die Mittagsstunde hatte man sich auf den Tarif des Wuppertales geeinigt, was ja auch gefordert war. Das hatte natürlich niemand erwartet; denn am Freitag vorher erklärten die Unternehmer, sich doch nicht ganz für die Arbeiter aufopfern zu wollen.

Gau Dortmund. In A u r o r t ist die Firma Gebr. Meyer gesperrt worden, weil sie fortgesetzt und systematisch die organisierten Maurer misshandelt. Die „Christlichen“ haben sich der Sperrung angeschlossen.

Gau Erfurt. Obwohl der Streik in Erfurt nun schon zehn Wochen dauert, ist noch keine Aussicht auf Beendigung vorhanden. Die Ende Mai angebahnten Verhandlungen sind, wie wir melden, Mai angebahnten Verhandlungen sind, wie wir melden, resultatlos verlaufen. Obwohl damals vereinbart war, dieselben nicht wieder abzubrechen, hat es der Arbeitgeberbund bis heute noch nicht für notwendig erachtet, auf den unserseits am 21. Juni gemachten Vermittlungsvorschlag zu antworten. Dieser betraf, daß die Arbeiter bereit seien, den Kampf zu beenden: 1. wenn sofort ein Lohn von 50 S resp. 40 S, acht Wochen später ein solcher von 52 resp. 42 S gezahlt wird. In diesem Falle wollen die Arbeiter für dieses Jahr auf die anderthalbstündige Mittagspause verzichten; 2. wenn für das zweite Vertragsjahr, vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 eine weitere Lohnerhöhung von 3 S gewährt und die anderthalbstündige Mittagspause für die Zeit vom 15. März bis 15. Oktober eingeführt wird; 3. wenn für das dritte Vertragsjahr vom 1. April 1909 bis 1. April 1910 eine weitere Lohnerhöhung gewährt wird. Auf diesen Vermittlungsvorschlag haben die Unternehmer bis jetzt noch nicht geantwortet, und warum? Weil wir nicht auf die anderthalbstündige Mittagspause während der Sommermonate verzichten. In dieser Stellungnahme sind die Vermittlungen und Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte beantragt worden. Daß sie jedoch nicht in der Lage sind, ihren Bedarf auch nur annähernd zu decken, geht aus den fortwährenden Anzeigen in hiesigen und auswärtigen Zeitungen hervor, worin Bauarbeiter, Maurer und Zim-

merer zu gewissen Stundenlöhnen und für Affordarbeit nach Erfurt geschickt werden. Um die Angelegenheit wirksam zu machen, lanciert man doch die unpaare Mitteilung in die bürgerlichen Wälder, und speziell in auswärtige, der Kampf im Erfurter Baugewerbe sei beendet. Man wende sich daher stets, wo man über den Stand des Kampfes im Zweifel ist, an die Streikleitung. Der Stand des Kampfes ist als gut zu bezeichnen. Drei Viertel der am Streik Beteiligten sind abgereist resp. anderweitig untergebracht und 50 arbeiten zu den neuen Bedingungen. Mit den circa 250 „Arbeitswilligen“ aller drei Berufs, inklusive der bis jetzt herbeigeschafften 45 Italiener, kann man die 2000 Arbeiter, die vor dem Streik hier gearbeitet haben, nicht ersetzen. Unter diesen Umständen werden die Unternehmer wohl nicht in der Lage sein, die Bauarbeiter Erfurts zwingen zu können, die Arbeit zu ungunstigen Bedingungen aufzunehmen. Vielmehr halten die Streikenden ihren letzten Vermittlungsvorschlag aufrecht. Wenn uns die auswärtigen Kollegen energischer als bisher in der Fernhaltung des Zuganges unterstützen, dann werden wir unseren Kampf sicher zum guten Ende führen.

In W ü l f h a u s e n ist die Lohnbewegung durch zwei Verhandlungen erledigt worden. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages auf die Dauer von zwei Jahren. Die Arbeitszeit bleibt zehnstündig; an den Vorabenden der drei großen Festtage ist zwei Stunden vorher Feierabend, die Zeit wird jedoch mitbezahlt. Der Lohn beträgt für dieses und nächstes Jahr 40 S, für 1909 42 S. Junggelesen erhalten im ersten Gesellenjahr 30 S, im zweiten 35 S. Für Ueberstunden gibt es 5 S, für Nacht- und Sonntagsarbeit 10 S und für Feuer- und Wasserarbeit 15 S Zuschlag. Im Winter beträgt der Lohn 37 S pro Stunde. Die Lohnzahlung erfolgt freitags auf der Baustelle, die Kündigung fällt fort. Die Ueberandarbeit wird in jedem Falle besonders geregelt, doch ist ausgemacht, daß der Unternehmer etwaige Fahrgehr bezahlt. Die Affordlöhne in den Steinbrüchen werden dementsprechend erhöht, das Schürfen des Werkzeuges hat der Unternehmer zu bezahlen. Außerdem enthält der Vertrag einige Bestimmungen über den Bauarbeiterpaß und sieht zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten eine paritätische Schlichtungskommission vor. — So weit uns berichtet. Wir finden jetzt nicht, daß wir Anlaß hätten, unsere Wühlhäuser Kollegen zu diesem Erfolg zu gratulieren; es müßte sonst sein, daß dort die Wren die merkwürdige Gewohnheit hätten, im Winter kürzere Stunden zu schlagen. Die Richtung des Winters im Winter werden sich die Kollegen bei künftigen Verhandlungen abschätzen müssen, wenn es auch nicht allein durch Verhandlungen möglich sein sollte.

Gau Frankfurt a. M. Die Bewegung in D e r e h e s s e n hat sich in letzter Zeit in der ferneren Umgebung von I s f e l d recht lebhaft gestaltet. Zwar läßt die Organisation in ihrem Ausbau noch manches fehlen, aber wir sind doch ganz gut vorwärts gekommen. In S t o r n d o r f gehören fast alle Kollegen dem Verbands an; weniger gut steht die Sache dagegen in G r o ß - F e l d a und D e r e i t e n d a. Trotz der sehr traurigen Lohnverhältnisse, die auch von den Unternehmern unumwunden anerkannt werden, steht es den Kollegen noch an richtigen Verständnis für die Organisation. Das Gewerbe ist noch sehr mangelhaft entwickelt, Geld- und Naturlohn befinden sich nebeneinander. Die Zahl der Unternehmer ist ziemlich groß, der Kleinbetrieb ist vorherrschend, wobei der Unternehmer eigentlich nur der Arbeitsvermittler ist. Der Bauer, der die Rost gibt, hat entscheidenden Einfluß auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ihm gegenüber haben die Unternehmer einen recht schweren

Stand; sie sind bei der primitiven Entwicklung des Gewerbes sogar selbst von ihm abhängig. In manchen Orten kann man diesen Zustand der Abhängigkeit mit scharfer Deutlichkeit erkennen. Einzelne Unternehmer sprechen deshalb auch ganz offen aus, daß ihnen die Lohnbewegung sehr recht ist. Je früher dieser Zustand beseitigt wird, desto besser ist es für sie. So gut wie die Kollegen bei Regelung der Arbeitsverhältnisse einen Vorteil haben, gewinnen auch die Unternehmer dabei; denn die meisten Unternehmer arbeiten so gut wie die Kollegen von Morgens bis Abends; jeder erzielte Vorteil kommt auch ihnen zu gute.

Der Streik in R u d e s h e i m ist nach ungefähr zehnwöchiger Dauer so gut wie beendet. Die Kollegen sind alle zu neuen Bedingungen in Arbeit; es liegt darum kein Grund vor, den Streik in der jetzigen Form fortzusetzen. Zwar haben die Unternehmer Metz und Wallertien in Müdesheim und Schuler und Feder in Geisenheim bis heute nicht bewilligt, da sie nur wenig Arbeit haben, jedoch hat in diesen Fällen eine Wappserie dieselbe Bedeutung. Wird die Wappserie energig gefordert, so werden wir bald auch mit diesen fertig werden. Die neugebildete Unternehmerorganisation wird eine recht harte Probe bestehen müssen, wenn sie ihre bisherigen Zustimmungen gegen die Lohnbewegung fortsetzt. Mit den anderen Unternehmern sind 4 S Lohnerhöhung vereinbart worden, nebst den üblichen Zuschlägen für Ueberstunden und Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Lohnzahlung ist wöchentlich; der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1908. Teilweise wird schon ein höherer Lohn gezahlt, es fällt deshalb durchaus nicht schwer, in wenigen Jahren 50 S Lohn pro Stunde zu erreichen. Die Kollegen müssen sich aber auch Mühe geben, die Organisation für den ganzen Rheingau besser auszubauen. Der Zweigverein Müdesheim müßte mindestens 150 bis 200 Mitglieder zählen.

Gau Göttingen. In S a g a u ist der Streik am 11. Juli nach zehnwöchiger Dauer durch Versammlungsbefehl beendet worden. Nach bürgerlichen Zeitungen sollte dieser Streik schon wiederholt beendet sein; diese falschen Berichte waren jedenfalls auf Veranlassung der Unternehmer in die Öffentlichkeit gebracht, um unsere arbeitslosen Kollegen zurückzulassen. Dies gelang natürlich nicht. Der Erfolg des Streiks waren 2 S Lohnerhöhung pro Stunde. Die Unternehmer scheinen zu glauben, daß sie den Gesellen mit diesen 2 S außerordentlich entgegenkommen sind; denn in ihrem Generalversammlungsbefehl, den sie der Lohnkommission mitteilten, fand, doppelt unterstrichen, zu lesen: „Aber nur unter der Bedingung, daß die hier beschäftigten Gesellen bis spätestens nächsten Montag (den 15. Juli) bei ihrem früheren Arbeitgeber wieder in Beschäftigung treten.“ Ob dieser Kommandoto von den Gesellen bekräftigt worden ist, ist sehr zweifelhaft; denn die Kollegen, die während des Streiks zu den neuen Bedingungen in Arbeit traten, erhalten einen Stundenlohn von 40 bis 42 S, und da verlangen die Saganer Unternehmer kategorisch, daß diese Gesellen kommen sollen, um bei ihnen für 36 S Stundenlohn zu arbeiten. Das geht denn doch über alle Begriffe.

Gau Sauburg. Zu dem Streik der Maurer in S e g e b e r g ist dort nun auch noch eine teilweise Aussperrung der Zimmerer, die Sonnabend, den 6. Juli, erfolgte, hinzugekommen. Die Zimmerer antworteten auf diesen Gewaltschritt der Unternehmer am Montag mit dem allgemeinen Streik. Die Arbeiten im Baugewerbe ruhen nun vollständig und zwar so lange, bis es den Unternehmern gefällt, sich den Wünschen der Gesellen geneigt zu zeigen.

Die Aussperrung in G u r h a b e n ist beendet. Es ist ein Uebereinkommen getroffen worden, von dessen Inhalt uns jedoch bis jetzt noch nichts bekannt ist. Zugang von Verbandskollegen ist erwünscht.

In F l e n s b u r g haben auf Vermittlung des zweiten Bürgermeisters Verhandlungen stattgefunden, die aber gar kein Resultat brachten.

Wie schon berichtet, ist der Streik in K e l l i n g h a u s e n aufgehoben worden. Durch die Aufhebung des Streiks ist aber keineswegs der Lohnkampf beendet, sondern es ist nur insofern eine Wendung eingetreten, als die Streikleitung aufgehoben wurde, weil ihr Vorhaben nicht mehr als notwendig erschien. Auch der bei Beginn des Streiks gefasste Beschluß, während des Streiks keine Arbeiten ohne Genehmigung selbstständig auszuführen, ist hinfällig geworden. Nach Bekanntwerden der Aufhebung des Streiks herrschte bei den Innungsmeistern große Freude, denn sie dachten, daß die Streikenden die Arbeit sofort wieder bei ihnen aufnehmen würden. Aber welche bittere Enttäuschung folgte auf diese allzu frühe kurze Freude. Kein einziger meldete sich zur Aufnahme der Arbeit. Es ist dies auch leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Streikenden alles mögliche getan haben, um den Kampf zu beenden. Dies Entgegenkommen ist aber von den Innungsmeistern strikte und ohne nachsichtige Begründung abgelehnt worden. Nachdem also die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden ist, senden die Innungsmeister ihre Drohbriefe wieder an die Unternehmer in der Ingehung, um die von ihrer Beschäftigung zu entlassen. Aber ihre Bemühungen fliehen, wie vordem, so auch jetzt ohne Erfolg. Die Tatsache, daß die Drohbriefe und die Anzeigen in den „Jesober Nachrichten“ usw. um arbeitswillige Bauhandwerker ohne Erfolg geblieben sind, mag wohl dazu geführt haben, daß sich der Obermeister schüchtern an den Vorständen des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands gewandt hat, um weils Gefährdung von Verhandlungen. Eine Verhandlung der Innungsmeister mit der Lohnkommission der Zimmerer hat denn auch am Dienstag voriger Woche stattgefunden. Aber auch sie ist resultatlos verlaufen, indem die Innungsmeister keinerlei Zugeständnisse machten. In dieser Verhandlung konnte der Obermeister nicht tun, seine uns schon bekannten Angriffe gegen die Berichtserstattung in unserer Presse zu erneuern. Wie schon angekündigt, sind nur die Zimmerer an der Verhandlung beteiligt gewesen, obwohl seitens der Innung auch die Maurermeister zugegen waren. Eine hierauf am Donnerstag stattgefundene Zusammenkunft der Zimmerer hat denn auch hinsichtlich des starren Standpunktes der Innungsmeister einstimmig beschloßen, die Arbeit nicht aufzunehmen. Wie aus vorstehendem ersichtlich, wird der Lohnkampf in absehbarer Zeit nicht beendet sein. Wir werden die uns aufgezwungene Fortführung des Kampfes sicher bestehen, wenn wir nach wie vor vom Zugang verschont bleiben.

Stundenlohn), wurde beschlossen, daß jeder Kollege, der...

Offen-Vortrag. Troz aller Mühe, die wir uns geben...

Stiebrügge-Vort. Am 7. Juli tagte unsere regelmä-

Sarburg. Am 27. Juni fand unsere regelmä-

daß die Anstellung von Arbeiterkontrollen notwendig...

Sufum. In der Dienstag-, den 2. Juli, abgehaltenen...

Karlruhe-Vort. Sonntag, 30. Juni, tagte im Gast-

Kelheim. Hier fand am 7. Juli eine allgemeine...

Lüdenscheid. Sonntag, den 7. Juli, tagte hier die...

lassen bis zu zwölf Stunden arbeiten. Es ist deshalb auch...

Martenerverder. Unsere Lohnbewegung ist wieder friedlich...

